Saar-Echo

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint mit Ausnahme der Sonntage täglich. Saarlouis, St. Marx 1. Telegramm-Adresse: Saar-Echo. Postamt Saarbrücken Nr. 8. Postscheck 30.

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Mk. 1.140 frei Haus. Die Einzelnummer 40 Pfennige. Anzeigenpreise: Die 6gespaltene 40 mm breite Zeile 30 Pfg. Amtliche Anzeigen 10 Pfg.

Nr. 23. Saarlouis, Samstag, den 29. Januar 1927. 56. Jahrgang.

Das neue Kabinett.

Berlin, 28. Jan. Kurz nach 6 Uhr ist in der gewünschten Besprechung zwischen den Vertretern der für die neue Regierung in Frage kommenden Parteien die völlige Einigung zustande gekommen. Nachdem die Deutsche Volkspartei sich entschieden hatte, auf den Reichswehrministerium einzu nehmen der Deutschnationalen zu verzichten, werden nunmehr erhalten die Deutschnationalen: Inneres, Justiz, Landwirtschaft und Verkehr; das Zentrum: Kanzleramt, verbunden mit dem Reichsministerium, sowie das Arbeits- und das Finanzministerium; die Deutsche Volkspartei: Aeußeres und Wirtschaft; die Bayerische Volkspartei Prof. Dr. Geßler als Reichswehrminister bleibt.

Die vorläufige, aber noch nicht amtliche Ministerliste, an der sich wohl nichts mehr ändern wird, sieht demnach folgendermaßen aus:

Kanzler und beiderlei Gebiete: Dr. Marx (Z).
Aeußeres: Dr. Stresemann (DVP).
Inneres und Wirtschaftsgesetz: Hergt (DN).
Finanz: Köhler-Baden (Z).
Wirtschaft: Dr. Curtius (DVP).
Arbeit: Brauns (Z).
Justiz: Graef (DN).
Verkehr: Dr. Koch, Elberfeld (DN).
Post: Stingl (Bay. B.).
Reichswehr: Dr. Geßler.

Nach der Liste bedarf noch der Bestätigung durch die einzelnen Fraktionen, die um 6.30 Uhr zusammengetreten sind.

U. Berlin, 28. Jan. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat Dr. Geßler seinen Rücktritt aus der deutsch-demokratischen Partei erklärt.

Die neue Regierungsmehrheit im Reichstag.

Berlin, 28. Jan. Die Abgeordnetenzahl, auf die sich die neue Regierung im Reichstag wird stützen können, setzt sich aus folgenden Fraktionen zusammen: Deutschnationale 110, Zentrum 69, Deutsche Volkspartei 51, Bayerische Volkspartei 19, Wirtschaftliche Vereinigung 21, zusammen 270. In der Opposition befinden sich: Sozialdemokraten 131, Kommunisten 45, Demokraten 32, Völkische 15, zusammen 222.

Die Regierungsparteien verfügen also über eine Mehrheit von 47 Stimmen. Aber eine Zweidrittelmehrheit, die in einer Verfassungsänderung notwendig ist, verfügt die kommende Regierung nicht. Die würde die äußerste auch nicht bei einer Beteiligung der Demokraten erreicht haben.

Die heutigen Verhandlungen.

Berlin, 28. Jan. Die Fraktionen der Deutschnationalen, von der Deutschen Volkspartei werden um 10 Uhr heute vormittag zur Besprechung der Situation zusammentreten. Um 11 Uhr treten die Führer des Zentrums, der Nationalen und der Deutschen Volkspartei beim Reichskanzler Dr. Marx zur Besprechung zusammen. Am Beginn der Sitzung der Vertreter der Deutschnationalen wird die weitere Stellungnahme der Deutschnationalen Reichsfraktion entgegengesehen.

Der Marx trifft zur Wiedergestellung über die Kabinettsliste um „3.“ verteilen, was bis jetzt vorliegt, die Verhandlungen mit den Vertretern der demokratischen Reichstagsfraktion haben erfolgen soll, an einer Verbesserung der Aussichten sei nicht zu denken. Es sei ein Kampf gegen die Zeit, daß eine Regierung zustande kommt, wenn eine Besprechung darüber mit den anderen Fraktionen nicht in Frage.

Streiflichter.

Dr. S. Saarlouis, 29. Januar 1927.

Das Zuhandeln ringen der neuen Regierung bewegte während der verflossenen Woche viele Gemüter und stellte bei den Parteisekretären eine rege Verbindungstätigkeit ein. Während vor und Wochen Dr. Curtius mit seinen Kolegen zu Ende war, hat es der Hugo Zentrumsparlamentarier und Reichskanzler Dr. Marx immer heiß hieher Zeit unter allen Umständen fertigzubringen, mit denselben Parteien eine Einigung zu erzielen. Diese Einigung mußte sogar unter Garantien geschaffen werden, die Curtius den Deutschnationalen nicht vorzulegen gewagt hätte. Während dieses diplomatischen Ringen und Zerren und bei parlamentarischer Zeitungsjagd und Rätselraten ging es in politischen Kreisen heiter und drüber. Da auf einmal wurde das politische Manifest des Zentrums proklamiert. Wie ein Wegweiser geb es den Zentrumsleuten die notwendige gerade Richtung an, wie ein Sendbiel wurde es in die unruhigen Massen eines Volkes gewissen Parteibestrebungen hineingeworfen. Es hat diesen Zweck erfüllt, es erfüllte eine Zeit und auch ganz sicher Volen, denn es führt zu einer parteipolitischen Einigung. Dieses Zentrumsmanifest kam, wohl zu spätem Nutze, von einer Zentrumsfraktionsklique heraus. Was einer Notwendigkeit nicht der Zentrumspartei, sondern der politischen Lage, deren Ringen um nur die Luft Zentrumsstellung gewonnen. Wenn es auch der „Germania“ an dem Umgangssprach des Manifestes „Zum Volk“ verfehlen den Zweck und den Stoff der Parteien nicht mehr“ Kähn, so muß gerade dieser Sich dem Volke aus der Seele gesprochen.

Welches ist der Sinn dieser politischen Kundgebung? Es ist ein Appell an das Volk, eine Klare und deutliche Wegweisung sein; es interpretiert die Zentrumsgegenstände Zwang in der „Germania“ selbst. Den Zentrumsgegenstand Zwang ist eine Richtlinien des Zentrums für die Politik. Auch diese waren notwendig, besonders für die deutschnationalen Kreise. Die Tatsache, daß die deutschnationalen Unterhändler sich zu diesen Richtlinien bekennen und sie als Grundlage für die gesamtige Politik anerkannt haben, bedeutet ohne Zweifel einen Wendepunkt in der deutschen Politik und eine Schwenkung ihrer Politik. Die Deutschnationalen haben es nicht ohne Herz gebracht, sich an der Regierung zu beteiligen. Sie um jetzt so alles ob Marx die parlamentarischen Kabinettsfragen Hilfen. Denn sie wohl nicht gern so. Wenn sie gewollt hätten, wäre es ihnen sehr leicht gewesen, sich an der Regierung zu beteiligen, zumal wiederum einen Bürgerblock also ausschließlich der Zentrum wünschte. Die Ministerliste ist nun so ziemlich fertig. Jetzt kann es wieder losgehen. Jetzt wird wieder regiert. Der parlamentarische Kampf beginnt unter in offenen Arena des Reichstages. Warten wir ab, wie sich das neue Kabinett bilegen wird. Einen erfahrenen parlamentarischen Kämpen und Führer Deutschnationalen hat es in Marx als Führer. Das ist schon viel wert.

Die britischen Vorschläge an China.

London, 28. Jan. Einer amtlichen Meldung zufolge beklärigt es sich, daß der britische Vertreter in Hankau, J. Mallory, den Nationalisten die Kantonregierung, Tschen, ein amtlichtisches Angebot gemacht hat, welche die einzelnen der in dem britischen Memorandum enthaltenen Vorschläge betrifft. Tschen hat gestern eine Erklärung veröffentlicht, in der sich die Ablehnung der Truppenzurückziehung in Schanghai hinzuweisen und gesagt wird England wolle sicherlich eine Atmosphäre schaffen, die zur Kriegserklärung gegen Shakiko führen würde. England trage daher die volle Verantwortung für alle immerhin unbeabsichtigten Zwischenfälle.

In Schanghai traf am Donnerstag ein Bataillon indischer Truppen aus Hongkong ein. Die chinesische Bevölkerung verhielt sich ruhig.

**Wie „Manchester Guardian“ von seinem Schanghaier Korrespondenten erfährt, haben ganz frühere Premierminister Wellington und Tang, die den rechten Flügel des Kuomintang, inshesondere in Schanghai, unofficiell Vorschläge unterbreitet, deren Inhalt ist, daß die Sowjetregierung aus dem Schanghaiser Bezirk verschwinden und die Sowjetrepublik Hankau, Kiangsi und Hunan, Kiangsu und Tschekiang, Fukien und Kwangtung, Kwangsi und Kwangsi, Kwangsi und Kwangsi, Kwangsi und Kwangsi